Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstrasse 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 223. Montag den 11. August 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung,
Generalrevision über die Droschken betreffend.

Die Generalrevision über die Droschken und deren Bespannung, und zwar über diejenigen mit **ungeraden** Nummern, als 1, 3, 5, 7 u. s. w., soll

Freitag, den 5. September 1890

auf dem **Fahrwege an der Tribüne der Rennbahn** stattfinden.

Die Auffahrtszeiten werden wie folgt festgesetzt. Es haben am gedachten Tage ihre Geschirre vorzufahren die Concessionare mit den Anfangsbuchstaben

A—F	Vormittags	8	Uhr,
G—J	„	9	„
K—M	„	½10	„
N—S	„	½11	„
Sch—Z	„	¼12	„

und zwar derart, daß die Droschken nicht etwa nach und noch zu anderen als den vorgedachten Stunden anfahren, sondern daß die sämmtlichen zu ein und derselben Zeit vorzufahrenden Wagen auf einmal und **pünctlich** zur festgesetzten Stunde auf dem Auffahrtsplatze, der von den Aufsichtsorganen am Tage der Revision noch speciell angewiesen werden wird, zur Stelle sind.

Die Concessionare, welche bei Vorführung ihrer Nummern zugegen sein müssen, werden insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß bei dieser Revision die Droschken durchgehends gut lackirt, die Sitzkissen und Rückenlehnen gut gepolstert und mit reinlichen, keineswegs defecten Ueberzügen versehen sein müssen. Ferner ist auf die gehörige Instandsetzung der Pferdegeschirre besonderes Augenmerk zu verwenden; dieselben müssen aus gutem Lederzeug bestehen, gut geschwärzt und den beim Polizeiamte aufgestellten Probegeschirr möglichst angepaßt sein, wie denn überhaupt die Droschken durchgehends allen übrigen Bestimmungen in §. 6 des Droschken-Regulativs vom 5. October 1883, die Dienstkleidung der Droschkenführer aber genau den Vorschriften in §. 10 des angezogenen Regulativs entsprechen müssen.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Anordnungen werden nach §. 51 des Regulativs bestraft werden und haben die Concessionare nach Befinden überdies die Außerbetriebsetzung der nicht vorschriftsmäßig vorfahrenden Geschirre zu gewärtigen.

Leipzig, den 7. August 1890.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

D. R. 3738. Bretschneider. Mühlner.

Gewölbe-Vermiethung.

Im städtischen Hausgrundstück **Thomasgäßchen Nr. 6** ist das links vom Hauseingange befindliche **Verkaufsgewölbe** mit einem daran anstehenden kleinen Comptoirraum vom **1. October d. Js.** an gegen **halbjährliche Kündigung** anderweit zu **vermiethen.**

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen, woselbst über die Vermiethungsbedingungen und auch sonst Auskunft ertheilt wird.

Leipzig, den 4. August 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia. 5644. Dr. Tröndlin. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Im **Königlichen Seminar** zu **Oschatz** sind **zwei Stück Gaskronleuchter** mit je 12 sternförmig angeordneten Gasarmen (Argandbrenner mit Glasglocken und Cylindern, Hängestangen und Gasarme mit oxydirtem Messing reich ausgestattet) zu verkaufen.

Auskunft ertheilt Herr Seminar-Hausmeister **Kerber.**

Kauflustige wollen ihre Gebote bis 23. d. M. an die unterzeichnete Bauverwalterei einsenden.

Königliche Bauverwalterei Grimma,
am 8. August 1890.

Bekanntmachung.
Bürgermeister-Stelle.

Die in Folge Erkrankung des bisherigen Inhabers frei gewordene hiesige Bürgermeister-Stelle soll baldigst, wenn thunlich zum 1. October d. J., durch Wahl auf zunächst 6 Jahre neu besetzt werden. Mit derselben ist eine jährliche Besoldung von 5000 ℳ ohne Pensionsberechtigung verbunden.

Umzugskosten und Reisekosten für persönliche Vorstellung werden nicht vergütet.

Im Communaldienst erfahrene Bewerber wollen Zeugnisse und Lebenslauf dem Unterzeichneten binnen 3 Wochen einsenden. Bewerber, welche das zweite Staats-(Assessor-)Examen bestanden haben, erhalten unter Umständen den Vorzug.

Apolda, den 8. August 1890.

Der Bürgermeister-Stellvertreter:
Assessor Dr. v. d. Osten.

Leipzig, 11. August.

* Der Staatssecretair des Auswärtigen Amtes, Freiherr **Marschall von Bieberstein**, ist vom Urlaub zurückgekehrt und hat die Geschäfte wieder übernommen.

* Das dringliche Bedürfniß einer gerechteren Vertheilung der **directen Steuerlasten** in Preußen steht seit Jahr und Tag im Vordergrund aller parteipolitischen Erörterungen. Die nationalliberale Partei hat durch ihren Wahlaufruf vor den letzten Landtagswahlen im Herbst 1888 ausdrücklich „eine Reform der directen Steuern behufs deren **gerechter Vertheilung nach Maßgabe des Einkommens** und zur **Erleichterung der minder begüterten Classen** in Stadt und Land" gefordert. Sie befand sich auch in voller Uebereinstimmung mit denjenigen Absichten der Regierung, in deren Verfolgung die Thronrede vom Januar 1889 eine Reform mit Hilfe der Declarationspflicht ankündigte. Es verstand sich von selbst, daß alles Bestreben nach gerechterer Vertheilung ausgehen müsse von einer vorher sicher zu stellenden genaueren Ermittelung des wirklichen Einkommens. Soweit man die Anschauung der parlamentarischen Kreise aus Anlaß der späteren Berathungen kennen lernte, schien auch keinerlei Meinungsverschiedenheit darüber zu bestehen, daß der Hebel an diesem Puncte, also beim Einschätzungsverfahren zuerst angesetzt werden müsse. Ohne allen Zweifel stützte sich diese Uebereinstimmung auf Wahrnehmungen, die jeder Einzelne in seinem Beobachtungskreise gemacht hatte; und je näher der Eine oder Andere mit dem Einschätzungsverfahren bekannt geworden war, desto bestimmter mag ihm die Ueberzeugung gekommen sein, daß der gute Willen der Einschätzenden allein niemals im Stande sein werde, in der Heranziehung des Verhältnisses der Steuerkraft annähernd Gleichheit und Gerechtigkeit walten zu lassen. Dazu bedurfte es eines kräftigeren Antriebs, den nur das Gesetz herstellen kann, und die nächste Tagung des Landtages verspricht ja nun sicher eine solche Reformgesetzgebung in Fluß zu bringen. Es mochte vor zehn Jahren einmal — so lange ist es unseres Erinnerns her, daß ein demokratisches Blatt im Frankfurt a. M. die Ergebnisse der Einschätzung der dortigen reichen Leute veröffentlichte — einigermaßen erklärlich sein, wenn durch Hinweis auf besondere Fälle ein Druck auf die Regierung versucht wurde, daß sie im Puncte der Steuerreform thätiger werden möge. Im gegenwärtigen Stande der Dinge kann es diese Thätigkeit unmöglich fördern oder beschleunigen, denn nach Allem, was der „Reichs- und Staatsanzeiger" bisher schon über die Vorbereitung größerer Reformgesetze für den Landtag verlautbaren ließ, muß namentlich in dem Ministerien der Finanzen, des Inneren und des Cultus eine ungewöhnlich hohe Anspannung aller Kräfte andauernd über den ganzen Sommer hin vorherrschen und für die zweite Hälfte der Legislaturperiode des Landtags steht diesem eine Fülle großer organischer Gesetzesaufgaben bevor, die ebenfalls alle irgend vorhandene Arbeitskraft vollauf beanspruchen wird.

* Der geschäftsführende Ausschuß des **Emin Pascha-Comités** hat in seiner letzten Sitzung im Hinblick auf die voraussichtlich noch vor Ende d. Mts. stattfindende Rückkehr des Herrn Dr. **Peters** beschlossen, diesen bei seinem Eintreffen an der deutschen Grenze durch einen Abgesandten begrüßen zu lassen und am Tage der Ankunft von Peters in Berlin eine Sitzung des Gesammtcomités für die Emin Pascha-Expedition zur Bewillkommnung des Genannten zu veranstalten. An diese Sitzung soll sich ein Festmahl zu Ehren von Peters anschließen, zu welchem, außer den Mitgliedern des Comités, noch eine Reihe von Personen eingeladen werden sollen, welche ein besonderes Interesse für die Emin Pascha-Sache an den Tag gelegt haben.

* Es ist gewiß ein seltener Fall, daß **fünf Officiere**, die in demselben Jahr und bei demselben Regiment eintraten, sämmtlich hohe, zum Theil die höchsten militairischen Rangstufen erreichten und nach 50 Jahren in voller Frische und Gesundheit gemeinsam auf ihr thatenreiches Leben zurückblicken können. Ein solcher Fall ist nach der „Kreuzzeitung" der vorliegende. Im Jahre 1840 traten fünf Officiere bei dem 1. Garde-Regiment zu Fuß ein und zwar (nach ihrem damaligen Dienstalter): Rudolph von Barby, Burkhardt von Schmeling, Bernhard von Werder, Wilhelm Graf von Kanitz, Lothar von Schweinitz. Zwei von ihnen sind Generale der Infanterie, drei General-Lieutenants; die Herren von Werder und von Schweinitz sind seit Jahren im diplomatischen Dienst.

* Nachdem die bereits vor längerer Zeit eingeleiteten Erhebungen über die Verhältnisse der **Landgemeinden** und selbstständigen Gutsbezirke in den sieben östlichen Provinzen der preußischen Monarchie ihren Abschluß gefunden haben, sind die Ergebnisse derselben im Laufe der letzten Monate in einer umfangreichen, mit mehrfachen Anlagen und statistischen Nachweisungen versehenen Denkschrift zusammengestellt worden. Diese **Denkschrift über die Reform der Landgemeinde-Verfassung** in den genannten Landestheilen ist gegen Ende des vorigen Monats dem Staats-Ministerium vorgelegt worden, welches über die Grundzüge des nach Maßgabe dieser Denkschrift aufgestellten vorläufigen Entwurfs einer Landgemeindeordnung in Berathung getreten ist. Die „Kreuzzeitung" sieht sich veranlaßt, ihre Ansichten über das Bedürfniß einer solchen Reform darzulegen. Sieht man von den Aeußerlichkeiten ab, die indessen den Grundzug der Darstellung rasch erkennen lassen (das Blatt spricht immer von einer sogenannten „Reform"), so bleibt von dem ersten Artikel nichts übrig, als die Unterstellung, daß die Regierung von den „liberalen Parteien" zu einer solchen Reform „gedrängt wird", und daß auch nur die „Städter" ein Interesse an dieser Reform hätten. Auf dem Lande sei man mit den Gemeindeverfassungszuständen zufrieden. Die Regierung und die conservative Partei — in deren Namen die „Kreuzzeitung" zu sprechen fortfährt — hätten alle Ursache, Dämme dagegen aufzuwerfen, daß man „das historisch Gewordene und Bewährte gewaltsam niederreißt und alles nivellirt". Was die „Kreuzzeitung" weiterhin noch zu sagen gedenkt, nachdem sie die Bedürfnißfrage in dieser Weise verneint hat, bleibt abzuwarten.

* Oberschlesische Großgrundbesitzer veranstalten eine Erhebung über den **Vertragsbruch des ländlichen Gesindes**, um die Ergebnisse der Staatsregierung vorzulegen, die unter Umständen gehoben werden soll, Maßregeln zu ergreifen.

* Ein landwirthschaftliches Fachblatt begründet die **hohen Fleischpreise** folgendermaßen: „Unserer vorjährigen Mißernte in Getreide und Futter wegen mußten die Viehbestände erheblich vermindert werden. In diesem Jahre ist die Ernte reichlich und Viehfutter giebt es die Hülle und die Fülle. Dasselbe will verwerthet sein, kann aber nicht verkauft, sondern muß verfüttert werden. Deshalb ist umsoweniger Veranlassung vorhanden, Vieh zu verkaufen, als der Bestand der meisten Wirthschaften erst auf die ursprüngliche Höhe gebracht werden soll. Die Folge davon sind hohe Vieh- und Fleischpreise."

* In Berlin hat sich eine deutsche **Heimstättengenossenschaft** gegründet, welche sich aus Mitgliedern zusammensetzt, die an der Gewinnung ständiger Arbeiter interessirt sind, ferner solchen, die sich eine eigene Heimstätte schaffen wollen und endlich anderweitigen Interessenten. Der Geschäftsantheil ist auf 100 ℳ festgesetzt und können 1000 solcher Antheile erworben werden. Die Haftsumme beträgt für jeden Geschäftsantheil 100 ℳ. Die Genossenschaft kauft Ländereien oder ihren Zwecken entsprechende Häuser, nimmt Zusammenlegungen und Theilungen vor, errichtet Gebäude und schafft dadurch Heimstätten von verschiedener Größe.

* Die **nationalliberalen Vereine** von Mannheim, Heidelberg, Darmstadt und der Pfalz halten am 31. August auf dem Heidelberger Schlosse einen Parteitag.

* Durch das Ergebniß der **Landtagswahlen in Hessen** wird das Parteiverhältniß in der Zweiten Kammer bekanntlich nicht wesentlich geändert. Auch Ueberraschungen hat das Wahlresultat nur insofern gebracht, als wider Erwarten die Provinz Oberhessen in der Person des Gutsbesitzers Köhler-Luppe den ersten **antisemitischen** Abgeordneten in die Zweite Kammer entsendet, dem der dritte Bezirk (Butzbach) durch das Loos zugefallen ist. Um seine von Dr. Böckel aufgestellte Candidatur zu bekämpfen, hatten die nationalliberalen und deutschfreisinnigen Vertrauensmänner des Kreises sich dahin geeinigt, gemeinsam für den bisherigen nationalliberalen Vertreter Dr. Bogt einzutreten. Nachdem aber auf Veranlassung des Reichstagsabgeordneten Dr. Gutfleisch von Gießen der deutschfreisinnige Bürgermeister Jaup-Butzbach sich hatte bereit finden lassen, gegen Bogt zu candidiren, zersplitterten sich die Gegner des im Wahlkreis ganz unbekannten antisemitischen Candidaten. Im ersten Wahlgang erhielt Bogt 12, Köhler 9, Jaup 6 Stimmen, im zweiten Bogt und Köhler je 13, Jaup 2 Stimmen, worauf das Loos für Köhler entschied.

* Im „Berliner Volksblatt" wird der Streit zwischen dem Reichstagsabgeordneten **Bebel** und den Berliner Socialdemokraten, soweit dieselben sich um die „Berl. Volkstrib." gruppiren, fortgesetzt. **C. Wildberger**, der bei den letzten Wahlen als Reichstagscandidat in Berlin aufgestellt war, beschuldigt in seiner Zuschrift verschiedene Abgeordnete, die er nicht öffentlich, aber auf Wunsch dem Abgeordneten Bebel nennen will, daß dieselben der „Berliner Volkstribüne" feindlich gegenüberständen und hauptsächlich außerhalb bald den Redacteur des Blattes (den Abg. Schippel), bald das Unternehmen selbst systematisch verdächtigen und so dem Ganzen schon bisher ungeheuren Schaden zugefügt hätten. Dann heißt es weiter:

„Was daher Genosse Bebel Verhetzung nennt, das nennen wir Kritik, und es scheint, als ob dieses Wort von Bebel, auf einen Theil der Berliner Genossen angewandt, nur so mit untergelaufen ist. Niemand wünscht sehnlicher, als gerade die Berliner Genossen insgesammt, daß ein geschlossenes aber kräftiges und principielles Vorgehen der Gesammtpartei Platz greife, wie es sich bei einer revolutionairen Partei von selbst versteht, ohne Rücksichtnahme auf die Reptilien- und Boutgroispresse, aber auch unbekümmert um ihren Spott oder ihre Wuth. . . .

Auch hieran ist das Bezeichnende wieder die hochgradige Unzufriedenheit, die in einem Theil der Berliner Socialdemokraten außer gegen Bebel und Liebknecht besonders noch gegen Singer herrscht.

* Die **Socialdemokratie** soll im **Reichslande** ein eigenes **Preßorgan** erhalten, welches unter altdeutscher Redaction, wahrscheinlich in Mülhausen, erscheinen wird.

* Die socialdemokratische **Hutarbeitergenossenschaft**, die vor einem Jahre die bekannten Controlmarken einführte, ist fallit.

* **Rieger** (Führer der Altczechen) empfing einen Berichterstatter, welchem er u. A. sagte: Unter dem Fürsten Bismarck habe sich Deutschland nicht in die innere Politik Oesterreichs gemengt; in der letzten Zeit aber habe Deutschland begonnen, den Schmerzensrufen der Deutschen aus Oesterreich Gehör zu schenken. Die deutsche Diplomatie (?) habe zu erkennen gegeben, daß sie die slawische Politik des Grafen Taaffe nicht billige. Auch die Ungarn wären bestrebt, Taaffe zu stürzen. Er (Rieger) handelte also im Interesse der Czechen, als er den Ausgleich unterfertigte. Rieger gab zu, daß Graf Taaffe nach links schwenke. Wenn der Ausgleich nicht zu Stande komme, falle Taaffe und komme ein deutsch-liberales oder conservatives Ministerium ans Ruder. Rieger erklärte: „er wolle thatsächlich zurücktreten, wenn er zur Einsicht gelange, daß die Mehrheit des Volkes gegen ihn sei".

* Die Frage wegen Anlegung einer die **französischen** Besitzungen in **Algier** mit den Gebieten am **Niger** und am **Tschadsee** verbindenden **Eisenbahn** wurde einer besonderen Commission zur Prüfung vorgelegt. Im Ministerium der öffentlichen Arbeiten wird ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der sich speciell mit den Vorbereitungen für die zunächst in Bau zu nehmende Strecke beschäftigt.

* Die **französische Regierung** hat an ihre auswärtigen Vertreter eine Note über das **englisch-französische Abkommen** versandt, in welcher auf die errungenen großen Vortheile hingewiesen und in Betreff der Ausnutzung derselben Mittheilung gemacht wird. Demgegenüber weist die „Times" auf die Gefahr hin, welche daraus hervorgehen könne, daß die Nordgrenze des französischen Einflusses in Afrika nicht festgestellt sei, da, wenn Frankreich einmal einen weniger zuverlässigen Minister des Auswärtigen habe, dieser Marokko gerade so besetzen könnte, wie Tunis mit Hilfe der Krumirs besetzt wurde; es müsse ausdrücklich festgestellt werden, daß Marokko der Nation nicht zufallen dürfe, welche bereits Algier und Tunis besitze.

* Bis noch vor Kurzem — wahrscheinlich kehrt die Zeit auch wieder — fahndete man in **Frankreich** auf nichts eifriger als auf **deutsche Spione**. Jedermann glaubte, sich um das Vaterland wohl verdient gemacht zu haben, wenn er irgend einen harmlosen Reisenden als Spion den Gerichten überlieferte. Heute ist der **russische Nihilist** an die Stelle des deutschen Spions getreten, denn in immer breitere Schichten des französischen Volks scheint die von oben herab genährte Ansicht einzudringen, daß man sich Rußlands Freundschaft unter allen Umständen warm halten und daß man Alles thun müsse, um die Gunst des Zaren dauernd zu gewinnen. So will die französische Polizei wieder im Dorf des Ouches bei Chamounix einen geheimen Versammlungsort russischer Nihilisten, die aus Genf und Paris dort zusammenkamen, entdeckt und dabei Sprengbomben aufgefunden haben.

* In rascher Folge treffen neuerdings Berichte ein, die ein sehr trauriges Bild von dem Geist der **Indisciplin** entwerfen, der in der **englischen Armee** und **Marine** immer kecker sein Haupt erhebt. Es ist das eine bezeichnende Illustration zu dem selbstgefälligen Hinweis fortschrittlicher Blätter auf englische Zustände und die daraus gewonnene Ueberzeugung, daß auch ohne die traditionelle stramme deutsche Disciplin sehr wohl ein guter militairischer Geist denkbar sei. Auf die Revolte in Gardegrenadier-Bataillonen, wie auf die wiederholten Insubordinationsfälle in der Marine, über welche der Telegraph berichtet hat, wollen wir nicht zurückkommen. Es liegen schon wieder mehrere ähnliche eclatante Fälle vor. Aus Jamaika wird gemeldet, daß Sergeant White vom 1. Bataillon des West-Indischen Regiments, welcher die Wache in Fort Augusta sechs Monate hindurch befehligte, nachdem ihm vom Capitain Norris häufig die Erlaubniß, seine Familie zu besuchen, verweigert worden, in große Wuth gesetzt wurde und bitterem Haß gegen den Officier nährte. Er drohte sogar, Capitain Norris und andere seiner Vorgesetzten zu erschießen. Während der Abwesenheit der Officiere bemächtigte er sich einer Quantität Munition und erlangte die vollständige Controle über die Apostelbatterie. Als die Officiere versuchten, das Fort zu betreten, feuerte er auf sie und trieb sie zurück. Die Officiere erlangten sodann den Beistand einer Anzahl Sappeure des Geniebataillons, welchen, nachdem einer der ihrigen verwundet wurde, es gelang, White todt zu schießen. Man kann vielleicht sagen, daß es sich hier um die That eines einzelnen handelt, aus welcher man nicht berechtigt ist, Schlüsse auf die Allgemeinheit zu ziehen. Nachstehender Vorfall ist aber, wenn auch in seinen Folgen nicht so schrecklich, doch noch bezeichnender. Die Mannschaft der in Exeter liegenden Batterie der königlichen Artillerie hat das Riemenzeug der Batterie-Pferde zerschnitten, um die Theilnahme an der vor Kaiser Wilhelm stattfindenden Parade unmöglich zu machen. Auch hier wird als Grund der Ausschreitung angebliche Ueberbürdung vorgeschützt. Es ist unverständlich, wenn angesichts solcher Zeichen der Erschütterung der Autorität die Bittschrift zu Gunsten der Ermäßigung der Strafurtheile der meuterischen Grenadiere noch 40 000 Unterschriften finden konnte. Das heißt doch geradezu Prämien für die Unbotmäßigkeit aussetzen.

* Im **englischen Unterhause** veranlaßte am 7. August der Abg. Schwann eine Erörterung über die **Verhältnisse in Armenien:**

Er meinte, eine Erörterung des Gegenstandes im Hause der Gemeinen dürfte möglicherweise eine Metzelei in Armenien und die Wiedereröffnung der ganzen orientalischen Frage verhindern. Es unterläge keinem Zweifel, daß die Christen in Armenien bedrückt und grausam behandelt würden, weshalb die europäischen Mächte auf Grund des Berliner Vertrages einen Appell an die Pforte richten sollten. Seitens der Großmächte geschehe thatsächlich gar nichts, um einen Druck auf die Türkei auszuüben, und das Haus sollte darauf dringen, von der Regierung zu hören, welche Schritte sie in der Angelegenheit ergriffen habe.

Nachdem sich auch Lewesson Gower, Labouchere, Buchanan und M. O'Connor zu Gunsten eines entschlosseneren Auftretens der britischen Regierung der Pforte gegenüber in der armenischen Angelegenheit ausgesprochen, ergriff der Unterstaatssecretair für auswärtige Angelegenheiten, Sir James Ferguson, das Wort. Während er die Zeitungsberichte über die Ausschreitungen in Armenien als zuweilen ungenau und übertrieben bezeichnete, räumte er ein, daß von den Kurden häufig rohe Grausamkeiten gegen die Armenier verübt worden seien. Die türkische Regierung und ihre Beamten wären jedoch mit größerer Energie als in früheren Zeiten vorgegangen, zweifelsohne um es mit Europa nicht zu verderben, aber wohl auch mit einem ehrlichen Wunsche, Ungerechtigkeiten zu unterdrücken und Unordnungen zu bestrafen. Die christliche Bevölkerung bilde eine Minderheit in diesen Provinzen, und unter den Umständen wäre es kaum denkbar, daß eine mohamedanische Regierung einen christlichen Gouverneur ernennen würde. Was die Vorgänge in Erzerum betreffe, so habe die Regierung vom dortigen Consul, der ein Augenzeuge derselben gewesen, detaillirte Berichte empfangen. Die Armenier, welche sehr große Ursache zur Erbitterung hatten, wären es gewesen, welche den Frieden gebrochen. Der Gouverneur that sein Aeußerstes, um die Kravalle, welche die Armenier veranlaßten, zu unterdrücken, und ohne sein Vorgehen würden die Folgen unzweifelhaft viel schlimmer gewesen sein. Leider hätten revolutionäre Umtriebe in Verbindung mit den Ereignissen, den die Ruhestörungen in großem Maßstabe zuzuschreiben seien. Eine weitverbreitete Proclamation des armenischen Comités forderte seine Landsleute auf, sich um die Fahne der Empörung zu schaaren, welches das einzige mögliche Verfahren sei, und wenn aus diesem Grunde allein die türkische Regierung angegangen werde, zu handeln, so fürchte er, daß sie sich der Pforte nicht mit sehr großer Hoffnung auf Erlangung von Zugeständnissen nähern könne. England wolle als Freund und alter Bundesgenosse der ottomanischen Regierung sicherlich Alles thun, was in seiner Macht stehe, um die Ergreifung von Maßnahmen zu erwirken, welche diesen Unordnungen ein Ende setzen und den christlichen Unterthanen der Pforte größeres Vertrauen einflößen würden. Aber weder durch nutzlose Vorwürfe, noch durch Verkennung der großen Schwierigkeiten, unter denen die türkische Regierung leide, noch durch die Weigerung, die Anstrengungen anzuerkennen, welche sie in den letzten wenigen Jahren für die bessere Verwaltung dieser Provinzen gemacht habe, dürfte die gewünschte Wirkung erzielt werden.

* Aus **Bukarest**, 9. August, wird gemeldet: Der Minister des Auswärtigen **Lahovary** begiebt sich morgen nach Frankreich und wird während seiner Abwesenheit durch den Ministerpräsidenten vertreten. — Der deutsche Gesandte **von Bülow** und der russische Gesandte **Hitrowo** haben ihre Urlaubsreisen angetreten.

* Bis nächsten Donnerstag wird das **portugiesische** Parlament über sämmtliche Budgetvorschläge abgestimmt haben. Die bis jetzt angenommenen übersteigen bereits die Staatseinnahmen um 600 000 Mrk.

* Nach der Meldung eines Belgrader Blattes aus **Sofia**, welche aber jedenfalls noch der Bestätigung bedarf, wurde der österreichische Agent Burian gelegentlich eines Jagdausfluges von **Briganten gefangen genommen**, nachträglich aber durch Militair befreit. In der Begleitung Burian's befand sich der griechische Consul, der sich gerettet und die Behörden benachrichtigt haben soll.

* Feindliche Stämme, 12 000 Mann stark, haben sich eine Meile von **Melilla** gelagert und an den spanischen Gouverneur Boten mit der Erklärung gesandt, wenn die als Geißeln festgehaltenen Mauren nicht sofort in Freiheit gesetzt würden, so würden sie Melilla stürmen und zerstören.

* Die Friedensvermittelungen in **Mittelamerika** werden fortgesetzt. Nach einer Meldung aus Mexiko sind die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und Spaniens einer Einladung des Gesandten der Vereinigten Staaten von Amerika in Guatemala nachgekommen und haben ihre Vermittelung angeboten. Bei dieser Gelegenheit erfährt man auch, daß in San Salvador dem Präsidenten Ezeta ein neuer Gegner erstanden ist, der bereits in Senzuatepeque an der Grenze von Honduras eine neue Regierung eingesetzt haben soll. Er ist selbstverständlich ein General und heißt Rafael Ayala. Auch ist **Sobrul**, Minister des Auswärtigen in **San Salvador**, des Verrathes verdächtig, eingekerkert worden.

Helgoland.

* Der **Kaiser** hat bei seinem Eintreffen in Helgoland **deutschen Boden** betreten, nachdem seit Sonnabend Nachmittag 2 Uhr der Uebergang der Insel aus der englischen in die deutsche Oberherrschaft zur vollendeten Thatsache geworden ist.

* Die **Besitzergreifung Helgolands ist vollzogen.** Der heutige „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgenden **Allerhöchsten Erlaß** nebst daran sich schließender Bekanntmachung:

„Auf Ihren Vortrag bestimme Ich, daß bis zur verfassungsmäßigen Regelung der Verhältnisse Helgolands im Wege der Reichsgesetzgebung die Regierung der Insel in Meinem Namen, auf Grund der dort bestehenden Gesetzgebung und unter Schonung der vor-